

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/32

Bonn, den 14. Februar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Das Gesamtwohl ist entscheidend</u> Nach der ersten Lesung des Leber-Plans	48
2	<u>Unser Parlament</u> Seine Attraktivität hängt nicht von der Sitzordnung ab	45
3 - 4	<u>Weitere Verbesserungen zur 20. DAG-Novelle</u> Von Walter Haack Wissenschaftlicher Assistent der SPD-Bundestagsfraktion	85
5 - 6	<u>Ein "Zweigestirn" dirigiert Israels Außenpolitik</u> Ziel: Friedensschluss, nicht Waffenstillstand Von unseren Korrespondenten in Israel, J. E. Palmon	95

* *

*

Das Gesamtwohl ist entscheidend

Nach der ersten Lesung des Leberplans:

sp - Ohne einschneidende Maßnahmen, die auch Opfer verlangen, ist das Verkehrschicksal nicht zu überwinden. Daß jährlich über 17.000 Menschen durch Autounfälle den Tod finden, jährlich über 400.000 Menschen verletzt werden, daß Materialschäden in der Höhe von 7 Milliarden DM entstehen und die Bundesbahn im letzten Haushaltsjahr ein Defizit von 3 Milliarden DM aufzuweisen hat, ist kein Naturgesetz. Der Plan, der den Namen des Bundesverkehrsministers Leber trägt, fand bei seiner Bekanntgabe in der breiten Öffentlichkeit eine Zustimmung wie sie wohl kaum bei einem Regierungsvorhaben jemals zu verzeichnen war. Die Regierung machte sich ihn zu eigen. Jahrzehntlang hatte man die Entwicklung treiben lassen, fehlte es an der Kraft der Entschlossenheit, der Verkehrsmisere zu Leibe zu gehen. Alle bekamen die Folgen mangelnder Vorausschau zu spüren. Der Bundesbahn droht eine ähnliche Katastrophe wie dem Bergbau. Die Existenz vieler fleissiger Menschen ist von grundlegenden Reformen abhängig.

Der Leberplan verfolgt das Ziel, wieder Ordnung in chaotische Verkehrsverhältnisse zu bringen. Die Straßen sollen sicherer und die Bundesbahn durch Rationalisierung und Modernisierung gesund gemacht werden. Wer wollte dem nicht zustimmen? Das findet jeder lobenswert. Es gibt zum ersten Mal in der Bundesregierung eine Verkehrspolitik, die diesen Namen verdient und deren Konzeption den Erfordernissen der kommenden Jahre entspricht. Freilich gibt es auch das: Wachsender Widerstand jener Gruppen im Lastkraftfahrergewerbe, die durch den Leberplan direkt betroffen werden. Sie haben nicht das Wohl der Gesamtheit im Auge, sie verfolgen ihre eigenen Interessen. Es ist ein Konflikt, der bei der ersten Lesung des Leberplans im Bundestag auch seinen Niederschlag fand und der ausgestanden werden muß. Die Gegner einer sich am Allgemeinwohl orientierenden Verkehrspolitik berufen sich auf die heiligsten Güter der Nation. Sie lassen sich ihr Propaganda viel kosten, wobei sie Tatsachen, die vor allen offen liegen, negieren oder verzerren.

Der Bundesverkehrsminister sieht in seinem Plan nicht der Weisheit letzten Schluß. Wo gewichtige Argumente vorliegen, die das Ziel nicht gefährden, wird er sie berücksichtigen. Er ist ja kein Dogmatiker und neuen Erkenntnissen immer zugänglich. Das was in der vielstündigen Debatte zur ersten Lesung vorgetragen wurde, enthielt kaum neue Erkenntnisse von Überzeugungskraft.

Nur die Große Koalition ist in der Lage, dieses gewaltige Gesetzesvorhaben zum Abschluß zu bringen. Sie muss die Kraft aufbringen, allen Pressionen zu widerstehen. Diese werden sich steigern und manchen Abgeordneten in Bedrängnis bringen. Die endgültige Verabschiedung des Leberplanes, für dieses Jahr noch zu erwarten, gibt die Bahn frei für eine verkehrspolitische Neuordnung, die zwar auch Opfer abverlangt, aber dem Gesamtwohl dient. Die Beratungen sollten zügig vorangehen, denn jeder Tag vermehrt das Übel und macht eine Lösung der Verkehrsprobleme noch schwieriger.

+ + +

Unser Parlament

Seine Attraktivität hängt nicht von der Sitzordnung ab

G.M. - Nun werden doch alle Bundestagsabgeordneten ihren Platz behalten. Der Plan, etwa 200 Abgeordnete mit Stühlen ohne Pulte zu bedenken wurde aufgegeben. Es heißt, man wollte vermeiden, daß es Abgeordnete erster und zweiter Klasse gebe; solche, die einen angestammten Platz haben, und solche, die sich mit einem Stuhl begnügen müssen.

Die jetzt getroffene Entscheidung ist richtig. Wer überhaupt auf die Idee gekommen ist, etwa 200 Abgeordnete auf Stühle zu verweisen, ist nicht mehr ganz klar. Da wählt ein Volk mit großem Aufwand seine Vertreter ins Parlament und dann sollen nicht einmal alle Volksvertreter einen Platz haben, an den sie ihre Schriftsachen, die Gesetzesvorlagen und viele andere für die Parlamentsarbeit notwendige Unterlagen, vernünftig unterbringen können! Wenn man sagt, die Idee sei entstanden, um den Bundestag "attraktiver" zu machen, und wenn man sogar durchblicken ließ, man wolle durch die Reduzierung der festen Abgeordnetenplätze auf die Zahl von 300 vermeiden, daß der Bundestag den Anblick einer gähnenden Leere biete, so zeugen solche Gedankengänge von Mangel an Selbstbewußtsein.

Gewiß, es ist nicht schön, wenn gelegentlich nur ein Drittel der Gewählten im Plenum sitzt. Die Gründe hierfür sind bekannt. Außer der Anwesenheit im Plenarsaal hat jeder Abgeordnete auch noch eine Vielzahl von Sitzungen, Ausschußberatungen und anderen Verpflichtungen wahrzunehmen. Abgeordnete, deren Wahlkreis nicht gerade in der Umgebung von Bonn liegt, verlieren sehr viel Zeit und Kraft mit Reisen zu ihren Wahlkreisen, wo man ja auch auf ihre möglichst häufige Anwesenheit Wert legt.

Die Attraktivität des Parlaments kann nur gesteigert werden, wenn man sich endlich dazu durchringt, anstatt von 20 bis 40 Tagesordnungspunkten pro Tag nur einige wichtige Fragen in der Woche im Parlament zu behandeln. Nicht die Sitzordnung oder die Zahl der Sitze, sondern die Wichtigkeit der Themen, die diskutiert werden, ist entscheidend.

Das Parlament wird transparent durch die Publizistik, d.h. der Bürger im Lande draußen beurteilt "sein Parlament" im Wesentlichen nach der Berichterstattung über die Parlamentsereignisse. Wenn jedoch an einem Tage - was schon häufig genug vorgekommen ist - bis 25 Tagesordnungspunkte "durchgepeitscht" werden, ist selbst der beste Journalist nicht in der Lage, eine gewissenhafte Berichterstattung zu gewährleisten. Es gibt Parlamente großer demokratischer Staaten, in denen grundsätzlich nur zwei bis drei wichtige Punkte in der Woche behandelt werden. Vieles was hier als Routineangelegenheit erledigt wird, bearbeitet man dort auf andere Weise. In der Berichterstattung über die Höhepunkte der Parlamentsarbeit spiegelt sich dann in der Öffentlichkeit der Wert dieser Arbeit wider. Hierbei spielt es überhaupt keine Rolle, ob die Regierungsbank etwas höher ist, als die Sitze der Abgeordneten oder ob der Präsident des Parlaments einen Frack oder einen schlichten Straßenanzug trägt.

* + + +

Weitere Verbesserungen zur 20. LAG-Novelle

Von Walter Haack

Wissenschaftlicher Assistent der SPD-Bundestagsfraktion

Der Ausschuß für Kriegs- und Verfolgungsschäden hat kürzlich in zweiter Lesung den Verbesserungsvorschlägen zur 20. LAG-Novelle, die im Arbeitskreis Heimatvertriebene und Flüchtlinge der SPD-Fraktion unter Leitung des Abg. Reinhold Reks erarbeitet worden waren, zugestimmt. Damit haben sozialdemokratische Abgeordnete in kollegialer Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner die Vorschläge des Bundes der Vertriebenen und der Aktionsgemeinschaft der mitteldeutschen Flüchtlingsverbände und Landsmannschaften durchsetzen können. Viele Anliegen von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen, die sich in den vergangenen Monaten und Jahren an die SPD-Bundestagsfraktion oder an die Vertriebenen- und Flüchtlingsorganisationen mit ihren Sorgen gewandt haben und denen durch die bisherigen oft engen Auslegungen der Gesetze nicht geholfen werden konnte, steht durch die in Vorbereitung befindlichen Änderungen von ca. 60 Vorschriften des Lastenausgleichsgesetzes, der Härtefondsbestimmungen und des Flüchtlingshilfegesetzes nun bald der Weg zu einer Leistung überhaupt oder zu einer verbesserten Leistung aus diesen Gesetzen offen.

Die wesentlichen vom Ausschuß beschlossenen Verbesserungsvorschläge sind:

1. Vorverlegung des Stichtages für die aus Mitteldeutschland und Ost-Berlin zugezogenen Heimatvertriebenen von 31. 12. 1961 auf den 31. 12. 1964;
2. Wesentliche Erweiterung des Begriffs der Familienzusammenführung für alle Vertriebenen, die nach dem 31. 12. 1964 aus Mitteldeutschland zugezogen sind. Nach der Neufassung können alle Leistungen des Lastenausgleichs beansprucht werden, sofern eine Familienzusammenführung erfolgt ist.
3. Erben und Erbeserben können in Zukunft die Schadensfeststellung und Hauptentschädigung beantragen, wenn der unmittelbar Geschädigte in Mitteldeutschland und Ost-Berlin vor dem 1. Januar 1965 verstorben ist.
4. Anträge auf Kriegsschadenrente (Unterhaltshilfe und Entschädigungsrente) wegen vorgeschrittenen Lebensalters können nun bis zum 31. Dezember 1970 gestellt werden; großzügige Bestimmungen geben aber auch nach dieser Zeit die Möglichkeit zur Antragsstellung, z. B. bei Zugang, bei Wegfall von Einkünften u. a.
5. Die Witwe eines verstorbenen Kriegsschaden-Rentenempfängers erhält vom Inkrafttreten der 20. Novelle an auch weiterhin

die LAG-Rente, wenn sie im Zeitpunkt des Todes des Mannes das 45. (bisher das 55.) Lebensjahr vollendet hatte oder erwerbsunfähig ist.

6. Die Unterhaltshilfe wird ab 1. Juni 1967 für den Alleinstehenden um DM 15,-- für das Ehepaar um DM 30,-- für zum Haushalt gehörende Kinder um DM 5,-- monatlich erhöht.
7. Der Rentenfreibetrag wird ab 1. Juni 1968 um DM 12,-- monatlich erhöht. Die Ziffern 5 - 7 sind bereits im Regierungsentwurf enthalten.
8. Bei den ehemals selbständigen Vertriebenen, den anerkannten und nicht anerkannten Flüchtlingen werden drei weitere Jahrgänge in die Kriegsschadenersatzrente einbezogen, und zwar bei den Männern die Jahrgänge 1903 - 1905 und bei den Frauen die Jahrgänge 1908 - 1910.
9. Der Zuschuß zur freiwilligen Krankenversicherung wird von DM 12,-- auf DM 30,-- monatlich erhöht.
10. Die früheren Werkspensionäre erhalten infolge der Nichtgewährung ihrer Werkspension eine Entschädigungsrente von DM 45,-- monatlich, sofern die früheren Jahreseinkünfte zwischen 2000,-- und 4000,-- Reichsmark betragen und heute bestimmte Einkommenshöchstbeträge nicht überschritten werden.
11. Die "besondere laufende Beihilfe" an alle Deutschen aus der Zone und Ost-Berlin wird in ihrer Höhe der Entschädigungsrente für die Vertriebenen angeglichen; das ist ein bedeutsamer Schritt zur Gleichstellung!
12. Die Pflegezulage wird von 75,-- auf 90,-- DM monatlich für diejenigen erhöht, die wegen Pflegebedürftigkeit nicht neben der Zulage noch einen Freibetrag erhalten.
13. Einrichtungshilfe nach dem Flüchtlingshilfegesetz erhalten nach den Beschlüssen des Kriegsfolgenausschusses in Zukunft auch diejenigen Deutschen, die ihren Haushalt und Hausrat durch Kriegshandlungen oder durch Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht oder sowjetzonaler Stellen verloren haben (z.B. die ausgebombten Geschädigten in Dresden, Ost-Berlin usw.). Die bisherige Einkommensgrenze ist nicht verändert worden.

Die 20. LAG-Novelle wird nun dem Ausschuss für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge zur weiteren Beratung überwiesen; mit dem Inkrafttreten kann nicht vor April 1968 gerechnet werden; erst dann können auch Anträge bei den Ausgleichsämtern gestellt werden und die Ämter können auch dann erst nach Herausgabe der Richtlinien des Bundesausgleichsamtes mit der Neuberechnung bzw. Umberechnung entsprechend den neuen Bestimmungen beginnen.

Ein "Zweigestirn" dirigiert Israels Außenpolitik

Ziel: Friedensschluß, nicht Waffenstillstand
Von unserem Korrespondenten in Israel, J.E. Palmon

Ins israelische Außenministerium zog kürzlich als Generaldirektor (Staatssekretär) Gideon Rafael ein, der bis dahin - für knapp ein Jahr - den Staat als Botschafter bei den Vereinten Nationen vertreten hatte. Damit hat Außenminister Eban die Besetzung in seinem Ministerium erreicht, an der er eigentlich interessiert war. Gideon Rafael (der übrigens aus Berlin stammt), war viele Jahre zusammen mit ihm an der "Front" im Glaspalast der UN tätig, und er genießt das volle Vertrauen des Außenministers.

Beide führende Positionen im Außenministerium sind nur mit "UN-Kämpfern" besetzt, und dies spiegelt die besondere Situation Israels wider, das bei allen Schritten mit den Kräfteverhältnissen in der UN-Vollversammlung und im Sicherheitsrat rechnen muß. Israels Außenpolitik muß von Persönlichkeiten geleitet werden, die alle Faktoren und möglichen Entwicklungen im Glaspalast am East River beurteilen können, und daher treten, soweit es um den Außenminister geht, sogar Parteierwägungen zurück. Ebans Stellung als Außenminister war, weil er kein so ausgesprochener Parteimann war, früher nicht unumstritten. Seit seinem Auftreten in der UN-Vollversammlung im vorigen Jahre gegen Kossygin ist jedoch jede Kritik verstummt, und bei einer Studenten-Umfrage bezeichneten 80 Prozent ihn als den für Israel geeignetsten Außenminister. Seine Befähigung und Beliebtheit hat er jenseits des Meeres- und nicht im Lande selbst errungen.

Gideon Rafael ergänzt seinen Minister in ausgezeichneter Weise. Beide kennen die Persönlichkeiten der Vereinten Nationen sehr gut, und Gideon Rafael erzählte z.B. dem Schreiber dieser Zeilen von einem Erlebnis, das er vor über einem Jahrzehnt in den Tagen mit dem damaligen Delegierten der Sowjetunion Jakob Malik hatte, der jetzt zum sowjetischen Botschafter bei den Vereinten Nationen, bestellt wurde. In einem Privatgespräch fragte Malik den jungen Rafael, was man nach seiner Meinung zur Beilegung des Korea-Konflikts tun könne. Der überraschte Rafael gab Malik seine "Ratschläge". Noch mehr überrascht war er, als er nach einiger Zeit zusammen mit dem Chefdelégierten Israels, Eban, bei Malik war, um schon damals das leidige Suezproblem zu behandeln. Malik hörte sich kurze Zeit die Erklärungen der Israelis an, dann unterbrach er Eban: "Ich habe noch etwas Wichtigeres zu bemerken. Sehen Sie die Korea-Krise ist vorüber, nicht zuletzt, weil ich die Ratschläge Ihres jungen Kollegen befolgt habe."

Gideon Rafael hat immer Kontakte zu den Russen und dem Ostblock unterhalten, so z. B. reiste er im Frühjahr 1967, bevor er sein kurzlebiges Amt als Botschafter Israels bei den Vereinten Nationen antrat, nach Moskau und versuchte dem russischen Außenministerium (er sprach mit dem Vize-Außenminister Semjonow) den Standpunkt Israels zu erklären und die Russen vor einer einseitigen Stellungnahme im Mittleren Osten zu warnen. Seine Bemühungen halfen nichts, und Rafael scheute sich daher bei den harten Debatten im Sicherheitsrat nicht, den russischen Delegierten Dinge zu sagen, die sich früher nur die Vertreter von

Grossmächten erlaubt hatten. Rafael warf den Russen vor, dass sie durch falsche Informationen die Ägypter in den Krieg getrieben hätten, und den Höhepunkt erreichte er, als er dem sowjetischen Delegierten Fedorenko zurief: "Nicht wir haben einen Pakt mit Hitler unterzeichnet". Auch jetzt nimmt Rafael in seinen Erklärungen kein Blatt vor den Mund und weist immer wieder auf die Verantwortung der Sowjetunion für das Ausbrechen des Orient-Konflikts hin. Er erinnert daran, dass der Londoner "Economist" kommentiert hatte: "Im Sicherheitsrat hat Israel wie eine Grossmacht gesprochen."

Aussenminister Eban und der Direktor des Ministeriums, Rafael, haben in der letzten Zeit bei verschiedenen Gelegenheiten, insbesondere in den Verhandlungen mit dem UN-Botschafter Dr. Jarring die Linie Israels gemeinsam vertreten. Grundlage der israelischen Aussenpolitik ist die Feststellung, dass "Rückkehr zu den Waffenstillstandsgrenzen vom 4. Juni 1967 nicht in Frage kommt". Aussenminister Eban hat in Reden und Interviews mehrfach angedeutet, dass Israel an Frieden und nicht gerade an den Grenzlinien von heute interessiert ist. "Die Landkarte des Friedens kann von der militärischen Sicherheit wesentlich abweichen"- erklärte er, und er versicherte immer wieder, dass direkte Friedensverhandlungen (gegen die sich die Araber immer wieder sperren), für diese nicht mit einem "einseitigen israelischen Diktat" und auch nicht mit "Erniedrigung" verbunden sein müssen.

Dagegen will Israel von der Forderung nach der Sicherung freier Passage für israelische Schifffahrt nicht abgehen und wird sich vom Kanal nicht zurückziehen, solange diese Frage keine positive Erledigung gefunden hat. Israel hat gerade in diesem Punkte soviel Enttäuschungen hinnehmen und hat auch erleben müssen, dass selbst Versprechungen des Präsidenten Eisenhower aus dem Jahre 1957 auf dem Papier blieben. Da die Ägypter auch jetzt erklären, dass sie keine Passage erlauben wollen, hat Israel keinen Grund zum Nachgeben, und daher war Israels Haltung auch in der Frage der Freimachung der abgeschnittenen Schiffe hart. Aussenminister Eban ist durchaus bereit, flexibel zu sein, aber nach den bitteren Erfahrungen von fast 20 Jahren, gibt es gewisse Komplexe, in denen der Minister vorzieht, hart zu bleiben. Er versichert immer wieder, dass über das Schicksal der besetzten Gebiete nicht das letzte Wort gesprochen ist und dass für alle Erörterungen der Weg offen ist, aber Israel beharrt darauf, dass der jetzige Zustand durch einen wirklichen Friedensschluss und nicht durch einen Waffenstillstand abgelöst wird, der keiner war.

Die jetzige Situation charakterisierte Eban: "Zum ersten Mal haben sich Staaten gefunden, die die Araber drängen, ihre Aussenpolitik zu ändern, während wir bisher immer aufgefordert wurden, uns an die Wege und Methoden der arabischen Politik zu gewöhnen". Darin sieht der Aussenminister einen Fortschritt. Er und sein Ministerial-Direktor sind jetzt mit gewissen organisatorischen Umstellungen im Ministerium beschäftigt und wollen ihr Amt zu einem Apparat machen, der in entscheidender Weise an allen Fronten Israels Interessen möglichst wirksam vertreten kann. Wohl selten hat das Jerusalemer Aussenministerium eine so starke und sachverständige "Spitze" gehabt, und auch die in Israel akkreditierten Diplomaten geben zu, dass Israels Aussenpolitik bei diesem "Zweigstirn" in guten Händen ist.